

**Beschluss des 66. Parteitages der CSU
am 12./13. Oktober 2001 in Nürnberg**

Aktive Bürgergesellschaft

Damit wird Deutschland
menschlicher und leistungsfähiger

Positionspapier



näher am Menschen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vorwort

Die Bürgergesellschaft ist seit einiger Zeit Gegenstand zahlreicher Erörterungen und Initiativen. Während die meisten Vorschläge den Schwerpunkt auf das bürgerschaftliche Engagement legen, hat die Grundsatzkommission der CSU nach umfangreichen Beratungen ein Positionspapier erarbeitet, das darüber hinaus weist.

Bei der Ausgestaltung unseres Konzepts der "Aktiven Bürgergesellschaft" wollen wir die Hoffnungen und Befürchtungen der Menschen aufgreifen: Beispielsweise glaubt die Mehrheit der Bevölkerung, dass Reformen und eine gesteigerte Effizienz zwar notwendig sind, dies aber ebenso unausweichlich zu einer kälteren und unmenschlicheren Gesellschaft führen muss. Richtschnur für die Arbeit der Grundsatzkommission war es daher, diese Sorge der Menschen ernst zu nehmen und einen neuen Weg aufzuzeigen, um Deutschland bei aller notwendigen Veränderung menschlicher und leistungsfähiger zu machen.

Grundlage ist für uns als C-Partei das Menschenbild der christlich-abendländischen Wertetradition. Kernpunkte unseres gesellschaftspolitischen Programms, das eine ganzheitliche Antwort auf die Entwicklungen und Herausforderungen der heutigen Zeit geben will, sind: eine neue Kultur der Verantwortung, eine angemessene Verbindung von Eigenverantwortung und Solidarität der Bürger sowie eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in allen Fragen von struktureller Bedeutung. Unser Konzept umfasst so alle Lebens- und Politikbereiche und ist in der Konsequenz mit tief greifenden Veränderungen unseres Zusammenlebens verbunden.

Damit uns der Weg zu mehr Menschlichkeit und Leistungsfähigkeit gelingt, brauchen wir eine neue Partnerschaft von Bürger und Politik. Und: Wir brauchen die Unterstützung aller Bürger ¹⁾.

Das vorliegende Positionspapier "Aktive Bürgergesellschaft" ist Ergebnis eines mehrmonatigen Dialogprozesses sowohl innerhalb der Partei als auch mit interessierten Gruppen und Einzelpersonen. In der Mitte dieser Broschüre finden sich eine Grafik und eine Kurzfassung des Konzepts von der Aktiven Bürgergesellschaft.



Alois Glück, MdL
Vorsitzender der Grundsatzkommission

1) Der Begriff „Bürger“ umfasst alle in Deutschland lebenden Menschen, gleichgültig ob Frauen oder Männer, deutsche Staatsbürger oder hier lebende Ausländer, in Vereinen und Verbänden Organisierte oder am gesellschaftlichen Prozess Interessierte ohne institutionelle Bindung.

Inhaltsverzeichnis

- I. Zeit des Umbruchs - Bilanz und neue Aufgaben**
- II. Anforderungen an ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Programm**
- III. Die wichtigen Schlüsselbegriffe prägen**
- IV. Unser Kompass ist das christliche Menschenbild**
- V. Neue Kultur der Verantwortung**
 - Verantwortung übernehmen - für sich selbst
 - Verantwortung übernehmen - für die Mitmenschen und das Gemeinwesen
 - Verantwortung übernehmen - für die Zukunft
- VI. Subsidiaritätsprinzip und Föderalismus als Zukunftsstrategie**
- VII. Ein starker Staat ist weiter wichtig**
- VIII. Aktive Bürgergesellschaft - Aktivierender Sozialstaat**
- IX. Das Gemeinschaftsleben fördern**
- X. Neue Partnerschaft von Bürgern und Politik**
- XI. Die Rolle der Wirtschaft in der Aktiven Bürgergesellschaft**
- XII. Das Internet - Ein neues Instrument für die Aktive Bürgergesellschaft**
- XIII. Orientierung für unser Handeln**

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

I. Zeit des Umbruchs - Bilanz und neue Aufgaben

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine weltweit beachtete, ja weithin bewunderte Entwicklung genommen. Das war das Ergebnis sowohl geeigneter, durch politische Entscheidungen gesetzter Rahmenbedingungen als auch der von den Menschen erbrachten Leistungen.

Die dafür wesentlichen Weichenstellungen der Politik sind mit der Regierungsverantwortung von CSU und CDU verbunden. Dies gilt für die Einführung und Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft und den Aufbau des Sozialstaates ebenso wie für den Aufstieg der deutschen Wirtschaft in die Weltspitze. Die Entwicklung einer stabilen Demokratie, eines anerkannten Rechtsstaates und eines stabilen Gemeinwesens sind die großen innenpolitischen Verdienste, die Verankerung Deutschlands in den westlichen Wertegemeinschaften Europäische Union und NATO und der anerkannte Rang unserer Nation in der Gemeinschaft der Völker sind die überragenden außenpolitischen Erfolge. Eine besondere Leistung der ganzen Nation und ihrer politischen Entscheidungsträger war die Wiedervereinigung, die in besonderer Weise dem Mut und dem Engagement der Bürger der ehemaligen DDR zu verdanken ist.

Die Bewältigung der verheerenden Folgen der kommunistischen Herrschaft in der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland ist eine außergewöhnliche historische Leistung. Keine andere Nation war in den neunziger Jahren in vergleichbarem Maße gefordert, galt es doch, zwei historische Wandlungsprozesse gleichzeitig zu gestalten: Neben der Bewältigung des tief greifenden Strukturwandels in Technik und Wirtschaft und der veränderten internationalen Rahmenbedingungen – eine Situation, die alle Industriestaaten zu großen Anstrengungen herausfordert und teilweise zu erheblichen Spannungen führt – musste die Teilung Europas im eigenen Land überwunden werden.

Trotzdem war Deutschland am Ende dieses Jahrzehnts in einer stabilen inneren Verfassung, der Aufbau Ost befand sich, ungeachtet aller Rückschläge, auf gutem Wege und die D-Mark war, trotz der Belastungen, denen sie wie keine andere Währung in der Welt ausgesetzt war, eine weltweit anerkannte Leitwährung. Zum ersten Mal in seiner Geschichte steht Deutschland in guten Beziehungen zu allen Nachbarn und wird in der ganzen Welt als verlässlicher Partner geschätzt, vor dem sich niemand ängstigen muss.

Die von der Union geführte Bundesregierung hat in diesen Zeiten historische Weichen gestellt und viele notwendige innere Reformen auf den Weg gebracht. Manche wurden durch die Verweigerungshaltung der damaligen Opposition im Bundesrat blockiert; anderes musste angesichts der Fülle der Herausforderungen zurückstehen.

In den Jahrzehnten des Aufbaus und steigenden Wohlstands haben jedoch auch Fehlentwicklungen ihren Anfang genommen, die unsere innere Verfassung und die Zukunftsperspektiven Deutschlands zunehmend beeinträchtigen.

Das hat vielfältige Ursachen, die in Wechselwirkung miteinander stehen: Dem immer stärkeren Staat wurde vieles überantwortet, was von der Politik auch gerne übernommen wurde. Eine zunehmende Überforderung des Staates, nicht allein, aber vor allem in finanzieller Hinsicht, war die Folge. Heute lähmen Überreglementierung und eine beispiellose Reglungsdichte die notwendige Entwicklung. Die in den Wachstumsjahren erworbenen Besitzstände werden von den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen hartnäckig und ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl verteidigt. Die Notwendigkeit von Reformen wird zwar allgemein bejaht, die Bereitschaft dazu ist aber relativ gering, sobald es um die eigenen Besitzstände und Interessen geht.

Parallel dazu vollzog sich ein Wandel im Innenleben unserer Gesellschaft.

Die fortschreitende Individualisierung veränderte Einstellungen und soziale Bezüge. Es entwickelte sich ein bedenkliches Ungleichgewicht in der Einstellung der Bürger zu ihren Rechten und Pflichten. Hinzu kam, dass sich in der Diktatur der DDR eine Bürgergesellschaft auf Grund der gegebenen Strukturen nicht entwickeln konnte und freies bürgerschaftliches Engagement im Rahmen des allzuständigen Staates ostdeutscher Prägung unerwünscht war.

Die Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit werden besonders im Hinblick auf die Situation des Sozialstaates immer deutlicher. Wir geben für unseren Sozialstaat, dessen Leistungsniveau weltweit ohne Beispiel ist, so viel Geld aus wie noch nie. Gleichzeitig beklagen wir so viele psychisch Kranke, Einsame, verhaltensgestörte Kinder, so viel Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft, wie nie zuvor. Der Sozialstaat expandiert und gleichzeitig wird immer häufiger über „Soziale Kälte“ geklagt.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat sich der gesellschaftliche Umbruch infolge tief greifender Veränderungen durch die Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich beschleunigt. Die technologische Revolution verändert nicht nur die Arbeitswelt, sondern beeinflusst fast alle Lebensbereiche, die Entwicklung der Wirtschaft ebenso wie die Organisation der Arbeit. Mit ihrer Forderung nach Mobilität und Flexibilität hat sie Auswirkungen auf unser Zusammenleben und die soziale Struktur unserer Gesellschaft. Sie bietet einerseits noch nie da gewesene Möglichkeiten des Informationszugangs und damit neue

Dimensionen der Chancengerechtigkeit und stellt uns andererseits mit einer unübersichtlichen Flut verfügbarer Informationen vor eine ungeahnte Herausforderung. Dieser Wandel ist historisch vergleichbar mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, der von sozialen Brüchen, Revolutionen und Konflikten gekennzeichnet war.

Begleitet wird diese Entwicklung von der Globalisierung der Weltwirtschaft und vielfältiger Wirkungszusammenhänge, die eine sich beschleunigende Internationalisierung unseres Lebens zur Folge hat. Dabei steht gegenwärtig noch der verschärfte Wettbewerb um Arbeit im Vordergrund. Allerdings befinden sich im Zeitalter der Globalisierung auch die Rahmenbedingungen des Lebens, staatliche Ordnungen, Wirtschafts- und Sozialsysteme und Rechtsordnungen auf den Prüfstand eines verschärften Wettbewerbs. Die immer intensivere Begegnung von unterschiedlichen Wertvorstellungen und Kulturen birgt neben großen Chancen gegenseitiger Bereicherung auch die Gefahr von Konfrontationen in sich.

Darüber hinaus steht Deutschland in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor der Herausforderung, die Folgen einer veränderten Altersstruktur der Gesellschaft konstruktiv zu bewältigen. Auf alle diese großen Umwälzungsprozesse muss die Politik zeitgemäße Antworten finden. Die Zeit drängt! Die internationale und technologische Entwicklung und deren möglichen Folgen für die Lebenssituation der Menschen erfordern rasches Handeln.

Dabei genügt es nicht, rein pragmatische Antworten zu geben.

Im Kern geht es um die Fragen:

Wie wollen und wie können wir morgen leben? Wie gestalten wir unser Zusammenleben im nationalen Rahmen und darüber hinaus?

Welche Wertvorstellungen prägen unser Leben und unser Zusammenleben?

Welche Leitbilder und Wertvorstellungen steuern das politische Handeln?

Wie können wir es schaffen, dass Deutschland vitaler, zukunftsorientierter, leistungsfähiger und zugleich menschlicher wird?

Die für die notwendigen Veränderungen erforderliche Innovationskraft kann nur aus den Einstellungen des Einzelnen und aus dem gesellschaftlichen Klima hervorgehen. Aber auch in Zeiten der Deregulierung - von überflüssigen Vorschriften, aber auch von bisher geltenden Normen für unser Zusammenleben - werden wir weiterhin auf allgemein akzeptierte Regeln zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft angewiesen bleiben. Je weniger aber ungeschriebene Regeln akzeptiert werden, weil über sie keine innere Übereinstimmung mehr herrscht, desto mehr geschriebene werden gebraucht.

II. Anforderungen an ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Programm

Ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Konzept muss eine ganzheitliche politische Antwort, sowohl auf die Situation der Menschen und des Gemeinwesens als auch auf die Herausforderungen unserer Zeit, geben.

Zielsetzungen wie *Modernisieren* und *Sparen* reichen nicht. Daraus ergeben sich weder Maßstäbe für die Rolle des einzelnen Bürgers noch für die des Staates oder die Gestaltung des Zusammenlebens. Ebenso wenig genügt es, angesichts der tief greifenden Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ausschließlich auf eine Stärkung der Bürgerrechte oder die Dynamik eines entfalteten Gemeinschaftslebens zu setzen, wie es verschiedene Konzepte für eine Bürger- oder Zivilgesellschaft suggerieren wollen.

Ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Programm muss berücksichtigen:

- das Spannungsfeld zwischen dem Anspruch der Menschen auf ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben und der Wirklichkeit,
- Defizite in der Entwicklung des Gemeinwesens,
- den Wandel in der Gesellschaft infolge veränderter Wertvorstellungen,
- die Veränderung der überkommenen sozialen Strukturen,
- die Konsequenzen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts,
- die Chancen und Risiken von Globalisierung und Internationalisierung.

Deshalb orientiert sich das Konzept der CSU zur Gestaltung der „Aktiven Bürgergesellschaft“ an folgender Agenda:

1. Wir formulieren Wertvorstellungen für Staat und Gesellschaft, mit denen wir den realen Lebensbedingungen der Menschen ebenso gerecht werden wie den allgemeinen Entwicklungstrends unserer Zeit.
2. Wir gestalten eine Politik, mit der die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung gefördert wird und in deren Rahmen jeder die Möglichkeit erhält, seine Fähigkeiten entsprechend einzubringen.

3. Wir entwickeln politische Lösungen, die die Innovationskraft, den sozialen Frieden und die innere Stabilität von Gesellschaft und Staat fördern.
4. Wir sorgen für Strukturen, mittels derer sich eines der größten Probleme der modernen Zivilisation, die wachsende Anonymität mit all ihren verheerenden Auswirkungen, überwinden lässt.
5. Wir schaffen Strukturen, mit denen wir der wachsenden Komplexität der modernen Welt gerecht werden können.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

III. Die wichtigen Schlüsselbegriffe prägen

Sprache beeinflusst das Bewusstsein. Wer die Deutungshoheit über die wichtigsten Schlüsselbegriffe hat, prägt die Entwicklung.

Die bisherige Interpretation einiger „Schlüsselbegriffe“ hat wesentlich zu Fehlentwicklungen beigetragen. Deshalb gilt es im Sinne einer Erneuerung von Gesellschaft und Staat, die relevanten Begriffe positiv zu besetzen.

Staat

Die verführerische Leitvorstellung vom „Vater Staat“, der fürsorglich für alles zuständig ist, hat zahlreiche Fehlentwicklungen begünstigt. Symptomatisch dafür ist die weit verbreitete Einstellung, dass eine optimale Gemeinwohlorientierung nur in der Trägerschaft des Staates oder der Kommunen verwirklicht werden kann.

Ohne eine Neuinterpretation staatlicher Aufgaben ist eine wirksame „Entstaatlichung“ ebenso wenig möglich wie eine neue Aufgabenverteilung zwischen Staat und Bürgern. Wir begreifen die notwendige Neuorientierung des Staates als Konzentration auf seine Kernaufgaben, die von einer umfassenden Förderung bürgerschaftlichen Engagements begleitet sein muss.

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist eine Grundsehnsucht der Menschen und ein Leitprinzip, nicht allein des Rechtsstaates, sondern vor allem auch des Sozialstaates.

In der politischen Auseinandersetzung um den Umbau des Sozialstaates ist die Interpretation der Zielvorstellung Gerechtigkeit in ihren vielfältigen Ausprägungen von zentraler Bedeutung. In der Vergangenheit lag deren Schwerpunkt einseitig auf größtmöglicher Gleichheit und damit Verteilungsgerechtigkeit.

Gerechtigkeit hat viele Konsequenzen und Ausformungen. Wir wollen uns zentral am Begriff der Chancengerechtigkeit orientieren. Chancengerechtigkeit bedeutet größtmögliche Gerechtigkeit, dank derer jeder die Chance erhält, seine Fähigkeiten optimal zu entfalten und am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen.

Leistung

Leistung ist kein Widerspruch zu Humanität.

Die Anforderung, Leistung zu erbringen, bietet dem Menschen die Chance, seine Fähigkeiten optimal zu entwickeln. Unabdingbar ist jedoch, dass die Leistungsanforderung dem

Einzelnen gerecht wird. Sofern sich der Wert eines Menschen nicht ausschließlich nach seiner Leistungsfähigkeit bemisst, hat die Forderung nach Leistung eine zutiefst humane Orientierung.

Wettbewerb

Wettbewerb ist kein Gegensatz zu Solidarität und Kooperation.

Für viele Menschen ist die Forderung nach mehr Wettbewerb dennoch beunruhigend.

Schließlich erleben sie verschärften Wettbewerb in einer sehr negativen Ausprägung.

Es ist jedoch unstrittig, dass sich nur dort bestmögliche Lösungen entwickeln und höchstmögliche Leistungsfähigkeit erreichen lassen, wo es einen Wettbewerb der Ideen und der Initiativen gibt.

Wir begreifen den Wettbewerb der Ideen als Wettbewerb mit geeigneten Regeln, die die Schwachen schützen und Machtmissbrauch verhindern. In diesem Sinne steht der Wettbewerb im Dienst der Solidarität aller untereinander.

Selbstverantwortung

Keine Leitvorstellung hat unsere Gesellschaft und unser Land in den vergangenen Jahrzehnten mehr verändert als der Begriff der Selbstverwirklichung im Sinne einer Loslösung aus Bindungen und Verpflichtungen.

Selbstverwirklichung erfordert aber Selbstverantwortung. Deshalb verstehen wir Selbstverwirklichung als den Prozess der Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit mit der Fähigkeit zu einem selbstverantworteten Leben und einer ebenso ausgeprägten Verantwortung für die Mitmenschen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weiterverbreitung nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

IV. Unser Kompass ist das christliche Menschenbild

Politik orientiert sich, bewusst oder unbewusst, stets an einem bestimmten Bild vom Menschen, an Vorstellungen von seinem Wert und seiner Stellung als Individuum in der Gesellschaft und im Staat. Für uns bleibt unverändert das Menschenbild der christlich-abendländischen Wertetradition maßgebend, das über den persönlichen Glauben und das individuelle Bekenntnis hinaus ein gemeinsames europäisches Erbe manifestiert. Das christliche Menschenbild ist uns eine unverzichtbare Orientierung für die politische Gestaltung unseres Zusammenlebens und unserer Zukunft. Deshalb gilt für uns:

1. Jeder Mensch ist einmalig. Das begründet seine unveräußerliche Würde, die jedem Menschen gleich zukommt. Alle Menschen haben deshalb Anspruch auf die gleichen Freiheiten und auf Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von Herkunft, Sprache oder Rasse, von Geschlecht, Bekenntnis, körperlicher Konstitution oder anderen Unterscheidungsmerkmalen.
2. Zum Menschsein gehört der Wunsch nach einer transzendenten Sinngebung des Daseins. Der Christ findet ihn in der Bindung an Gott im Sinne der biblischen Offenbarung.

Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie gelebte Toleranz sind unverzichtbare Grundlagen einer humanen Gesellschaft.

Die „Goldene Regel“ („Alles nun, was ihr wollt, das euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!“, Matth. 7,12) bietet einen geeigneten Kompass für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Wertvorstellungen.

Staat und Politik haben die transzendente Orientierung der Menschen und ihren persönlichen Glauben zu respektieren. Aus dieser Verpflichtung heraus schützen sie die Religionsgemeinschaften und fördern sie als öffentlich wirksame Institutionen der Sinnstiftung und der Wertorientierung.

3. Der Mensch als geistbegabtes Individuum ist nicht einfach ein Produkt seiner genetischen Anlagen und der Umweltbedingungen, sondern zu Freiheit und eigenverantwortlicher Lebensführung befähigt. Als Gemeinschaftswesen bleibt er jedoch in seiner individuellen Entfaltung auf das Du und das Wir angewiesen. Individualität und Sozialität be-

dingen einander. Als Mensch in der Gesellschaft ist er auf die Gemeinschaft angewiesen und gerade deshalb auch selbst dem Gemeinwohl verpflichtet.

4. Der Mensch lebt zielgerichtet, verfolgt Interessen. Der Politik obliegt es, die gesellschaftliche Ordnung so zu gestalten, dass die Eigeninteressen der Vielen nicht in Gruppenegoismen ausarten, sondern der Verwirklichung gemeinsamer Werte dienen. Darüber hinaus muss die Politik Anreize dafür schaffen, dass möglichst viele Menschen bereit sind, in der Hinwendung zu ihren Mitmenschen und in der Übernahme von Gemeinwohlaufgaben einen Lebenssinn und Entfaltungsmöglichkeiten zu suchen.
5. Menschliches Leben ist in vielfältiger Weise begrenzt. Mängel, Leiden, Schmerz und Tod sind ebenso Teil menschlichen Lebens wie moralisches Versagen und Schuld. Die Politik muss sich bei all ihrem Bemühen um eine Verbesserung der äußeren Lebensverhältnisse davor hüten, den Menschen eine heile Welt zu versprechen. Sie muss vielmehr Solidarität auch im Leiden fordern und fördern. Gerade in der gegenwärtigen wissenschaftlichen und ethischen Auseinandersetzung um die Möglichkeiten und Grenzen von Eingriffen in das Leben (z.B. pränatale Medizin, Sterbehilfe) bedarf es des Bewusstseins menschlicher Begrenztheit.
6. Die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität lassen sich aus dem christlichen Menschenbild ableiten und fordern vom Einzelnen die Gemeinwohlorientierung seines Handelns. Während Solidarität die wechselseitige Verpflichtung des Einzelnen und der Gemeinschaft impliziert, bietet die Subsidiarität Raum zur freien Entfaltung und zu verantwortlichem Handeln.

Das christlich-abendländische Menschenbild steht

- für den notwendigen Respekt der Menschen voreinander;
- gegen die Anwendung von Gewalt im Zusammenleben;
- gegen eine Reduzierung des Menschen auf seine Nützlichkeit;
- für freie Entfaltung der vielfältigen Solidaritätspotenziale einer Aktiven Bürgergesellschaft;
- für den Schutz des Lebens in seinen vielfältigen Erscheinungsformen;

- für die Bewahrung der Menschenwürde auch in Grenzsituationen des Lebens, gleichgültig ob es sich um eine Behinderung, schwere Erkrankung, das Leben vor der Geburt oder die Situation des Sterbens handelt;
- für Barmherzigkeit und Vergebung, weil der Mensch auch in seiner Fehlerhaftigkeit und in seinen Grenzen zu akzeptieren ist.

Aus diesem Verständnis heraus sehen wir im Menschenbild christlicher Prägung den unverzichtbaren Wegweiser zur Gestaltung einer humanen Zukunft.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

V. Neue Kultur der Verantwortung

Verantwortung übernehmen - für sich selbst

Im Interesse einer humanen Gestaltung unserer Zukunft müssen wir eine „Kultur der Verantwortung“ entwickeln, ohne die es keine Gesellschaft geben kann, die gleichermaßen lebendig, leistungsfähig und solidarisch ist. Für uns sind deren Grundlagen die dargelegten Prägungen des christlichen Menschenbildes. Damit wird aber keine andere Begründung ausgeschlossen.

Unser Menschenbild geht von der Eigenverantwortung des Einzelnen für seine Lebensgestaltung aus. Jeder ist selbst dafür verantwortlich, was er aus seinen Fähigkeiten und der Lebenssituation macht, in der er sich befindet.

Nur eine solche Einstellung zum Leben ermöglicht dem Einzelnen die Entfaltung seiner Persönlichkeit, mithin eine Selbstverwirklichung, die nicht auf Kosten anderer Menschen praktiziert wird, sondern diesen zugute kommt.

Daher müssen Erziehung und Bildung die Entwicklung zur selbstbestimmten und ebenso sozial verpflichteten Persönlichkeit zu fördern versuchen.

Die Aktive Bürgergesellschaft verlangt selbstständige Persönlichkeiten, d.h. freie, selbstbestimmte und sozial verantwortliche Bürger, die fähig sind zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Nur auf dieser Grundlage erlangt der Mensch die souveräne Unabhängigkeit, die es ihm ermöglicht, die Chancen der Wohlstandsgesellschaft und des technischen Fortschritts zu nutzen, ohne von ihnen abhängig zu werden. Im Lebensgefühl vieler Menschen hat allerdings der Erwartungsdruck der Umwelt, sich bestimmten Lebensstilen oder Konsumgewohnheiten anzupassen, frühere Beschränkungen der Freiheit durch Sozialkontrolle oder individuelle Abhängigkeiten nahtlos abgelöst.

Eigenverantwortung ist Voraussetzung gesellschaftlicher Solidarität. Beides bedingt einander, weil die Menschen nur in der Gemeinschaft ihre Kräfte entfalten, sei es für sie selbst oder für Andere.

Verantwortung übernehmen - für Mitmenschen

Für Christen ist das Gebot der Nächstenliebe die zentrale Botschaft des Glaubens.

Weil der Mensch auf den Anderen angewiesen ist, ist er auch den Mitmenschen verpflichtet. Ohne deren Zuwendung könnten wir nicht existieren, hätten wir uns nicht zu dem entwickeln können, was wir sind. Jeder Mensch ist ein Mitglied der Gemeinschaft, ein Teil des Ganzen.

In der Hinwendung zu anderen Menschen erschließen sich neue Dimensionen des Lebens. Das ist die tiefe, durch nichts zu ersetzende Erfahrung vieler Menschen, die sich beispielsweise im Ehrenamt für Andere engagieren. Sie nehmen aktiv Anteil an deren Erfahrungen und Einsichten.

Engagement für den Anderen ist jedoch auch unabhängig vom persönlichen Nutzen eine ethische Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft.

Verantwortung übernehmen - für das Gemeinwesen

Das staatliche Gemeinwesen ist nicht ein Gegenüber, ein beliebig auswählbarer Dienstleistungsbetrieb – es ist unsere gemeinsame Struktur und Aufgabe. Dafür ist unser aller Bereitschaft notwendig, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, dafür einzustehen. Unser Verständnis der Aktiven Bürgergesellschaft löst das Gegenüber von Staat und Bürger und eine einseitige Anspruchshaltung gegenüber dem Staat auf.

Ohne staatsbürgerliches Engagement gibt es kein auf Dauer lebendiges und leistungsfähiges Gemeinwesen, keinen intakten Staat, keine solidarische Gesellschaft. Deshalb wollen wir mit der Aktiven Bürgergesellschaft nicht nur eine Stärkung der Bürgerrechte, sondern vor allem neue Möglichkeiten der Mitgestaltung, der Teilhabe, der Teilverantwortung verwirklichen.

Die Politik muss dafür die notwendigen Voraussetzungen, Rahmenbedingungen gestalten. Das führt auch zu einer neuen Qualität der Partnerschaft der Politik und Bürger.

Verantwortung übernehmen - für die Zukunft

Der Mensch hat als einziges Lebewesen die Möglichkeit, sich mit seiner Zukunft zu befassen, sie gedanklich zu strukturieren und ihren Verlauf zu beeinflussen. Gleichwohl gehört Zukunftsangst gerade in Deutschland zu den prägenden Empfindungen vieler Zeitgenossen. Dabei hatten die Menschen noch nie so viele Möglichkeiten zu Gestaltung und Veränderung. Wie nie zuvor werden aber die Weichenstellungen, die wir heute beschließen, die Lebenssi-

tuation der nachfolgenden Generationen beeinflussen. Die sich bietenden Möglichkeiten verlangen daher ein gesteigertes Maß an Verantwortungsbewusstsein.

Diese besondere Verantwortung für die Zukunft ist bestimmend für die Lebensführung des Einzelnen, für die Gesellschaft, vor allem aber auch für das politische Handeln. Bei allen Entscheidungsprozessen muss das Prinzip der „Nachhaltigkeit“ ein grundlegendes ethisches Orientierungsprinzip sein.

Wir haben kein Recht, bequem auf Kosten nachkommender Generationen zu leben. Wir haben vielmehr die moralische Verpflichtung, im Rahmen unserer Möglichkeiten in deren Zukunft zu investieren. Deshalb bedarf es einer stärkeren Zukunftsorientierung, mit deren Hilfe wir die heute weit verbreitete Orientierung am Moment und an materieller Bedürfnisstimulanz überwinden müssen.

Um das Prinzip Nachhaltigkeit umzusetzen, wird eine Begrenzung der gegenwärtigen Ansprüche zu Gunsten der Lebensmöglichkeiten der Nachkommen unausweichlich werden. Wer jedoch den Menschen nur als autonome Größe sieht und den Lebensgenuss als alleinigen Maßstab der Lebensgestaltung betrachtet, wird für eine Selbstbegrenzung kaum die notwendige Kraft finden. Deshalb ist ein entsprechendes Wertefundament erforderlich, um die damit einhergehenden Herausforderungen schultern zu können.

Orientierungsmaßstäbe für die Aktive Bürgergesellschaft sind:

1. Was der Einzelne zumutbar selbst leisten kann, muss er auch selbst leisten: „Prinzip der Eigenverantwortlichkeit“.
2. Jeder trägt Mitverantwortung für Andere und bedarf der Solidarität seiner Mitmenschen in der Gemeinschaft und mittels eines handlungsfähigen Sozialstaates: „Prinzip des Helfens“.
3. Für alle gilt im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten das „Prinzip Gegenseitigkeit“. Wer etwas erhalten möchte oder aber bereits erhalten hat – sei es von seinen Mitmenschen

oder dem Staat -, muss im Gegenzug den ihm möglichen Beitrag für die Gemeinschaft leisten.

4. Jeder trägt Mitverantwortung für unser Gemeinwesen, ebenso wie er ein Recht darauf haben muss, mitgestalten zu dürfen: "Prinzip der aktiven Teilhabe".
5. Jeder trägt Mitverantwortung für die gemeinsame Zukunft. Dies gilt besonders gegenüber nachkommenden Generationen: „Prinzip Nachhaltigkeit“.

Diese Orientierungsmaßstäbe müssen durch geeignete Rahmenbedingungen in der Gesellschaft verankert werden. Dies durch Überzeugung und Anreize zu fördern, ist Aufgabe und ethische Verpflichtung der Politik.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Siidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

VI. Subsidiaritätsprinzip und Föderalismus als Zukunftsstrategien

Die Strukturen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gestalten sich zunehmend undurchschaubarer. In ihrer Anonymität sieht sich die moderne Zivilisation einer ihrer größten Gefährdungen ausgesetzt. Fast zwangsläufig wächst damit die Distanz des Bürgers zur Gesellschaft, sinken Verantwortungsbereitschaft und Engagement.

Die Unübersichtlichkeit ist eine wesentliche Ursache für die wachsende Verdrossenheit gegenüber Großorganisationen und dem Staat. Strukturen, die den Wirkungszusammenhang zwischen Handeln und den sich daraus ergebenden Folgen verschleiern, behindern die Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein und fördern Verantwortungslosigkeit. Der Einzelne fühlt sich in dieser Situation ohnmächtig und zieht sich aus seiner Verantwortung zurück.

Diese folgenschwere Fehlentwicklung lässt sich nicht mit moralischen Appellen eindämmen, sondern nur durch eine Reform der Strukturen. Je mehr Menschen wieder den Kausalzusammenhang zwischen ihrem eigenem Handeln und den damit verbundenen Folgen erfahren, desto stärker wächst Verantwortungsbewusstsein. Unverzichtbar für die Entwicklung gelebten Verantwortungsgefühls und Freiheitsempfindens ist die Einbettung in ein überschaubares Lebensumfeld.

Verantwortung übernehmen kann der Mensch vor allem für sich selbst, seine Familie, seine Freunde und Bekannten, seine Nachbarn, Arbeits- und Vereinskollegen, mithin für sein überschaubares Umfeld. Aus diesen Erfahrungen erwächst auch die Befähigung zu Solidarität in der größeren Gemeinschaft.

Das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre ist als Strukturprinzip zukunftsweisend für die Gestaltung der modernen Gesellschaft. Seine konsequente Anwendung erlaubt es, die sich stellenden Aufgaben so menschen- und problemnah wie jeweils möglich zu bewältigen. Das Subsidiaritätsprinzip ist deshalb das prägende Strukturprinzip der Aktiven Bürgergesellschaft, ihr Leitprinzip. Es impliziert: Vorrang für die kleinere Einheit.

Sofern diese die sich stellenden Aufgaben erfüllen kann, hat die größere Einheit keine Legitimation, von sich aus tätig zu werden.

Politik und Staat müssen diese Aufgabenverteilung nicht nur respektieren, sondern durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen aktiv unterstützen.

Der Vorrang der kleineren Einheit fördert

- soziale Verantwortung und Engagement,
- größere Kreativität und mehr Flexibilität,

- einen umfassenden Wettbewerb der Ideen und Initiativen.

Der Vorrang der kleineren Einheit mindert zugleich im Falle von Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen das Risiko für das Ganze.

Nichts wird wachsender Komplexität mehr gerecht als die Verlagerung von Zuständigkeiten in die Verantwortung der jeweils kleineren Einheit, die eingebunden bleibt in die Mitverantwortung für das Ganze (etwa in einem Verband, in der Kommune, im Land, in Europa oder weltweit). Je komplexer die Sachverhalte werden, umso weniger lassen sie sich zentral regeln und gestalten. Kleine Einheiten fungieren dabei als Bestandteil eines größeren Netzwerkes, das elastisch auf Veränderungen reagiert, zugleich aber fest genug ist, um die erforderliche Stabilität zu sichern. Die Beziehung der kleineren Einheit zum größeren Verbund – sei es Bayern, Deutschland oder Europa – ist dabei so autonom wie möglich und mit so viel Bindung wie nötig zu gestalten.

Die Aktive Bürgergesellschaft baut in allen Lebensbereichen auf dem Subsidiaritätsprinzip auf; gleichgültig, ob es sich um die innere Gestaltung der Selbstverwaltung in der Gesellschaft handelt, um die Ausformung des Sozialstaates oder den Staatsaufbau als solchen. Denn gerade die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie bietet noch nie da gewesene Möglichkeiten, um Netzwerke oder Verbindungen zum größeren Ganzen herzustellen.

Die künftige Organisation des staatlichen Lebens ist konsequent am föderalistischen Ordnungsprinzip auszurichten.

Dafür benötigen wir in Deutschland eine grundlegende Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dabei sind die Aufgaben so zu verteilen, dass sich ein Wettbewerb der Ideen und der Initiativen entwickeln kann. Denn nur so kann sich das Leistungspotenzial unseres Volkes in allen Lebensbereichen wirklich entfalten. Auch wenn uns die Solidarität zu einem Ausgleich unterschiedlicher Leistungsfähigkeit verpflichtet, so darf dieser doch keinesfalls die Eigeninitiative schwächen, Verantwortlichkeiten verwischen oder nivellierend wirken.

Wir erachten die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zur Ausgestaltung föderalistischer Strukturen als unverzichtbar für die künftige Gestaltung des vereinigten Europas. Nur so lassen sich Vielfalt und Einheit in einer harmonischen Weise miteinander verbinden. Sollten sich dagegen weiterhin zentralistische Tendenzen innerhalb der Europäischen Union durchsetzen, wird dies eine Entfremdung der Menschen von der Gemeinschaft, eine Verschleude-

rung von Ressourcen und immer dichtere Regelungsmechanismen zur Folge haben und damit letztlich zum Scheitern des europäischen Projekts führen.

Die Stärkung der kleineren Einheit entspricht dem Wunsch der Bürger, ihren persönlichen Lebensraum gestalten und ihre eigene Identität bewahren zu können. Sie trägt der zunehmenden Bedeutung des Regionalismus Rechnung, ohne jedoch wie der Separatismus eine Flucht aus der gemeinsamen Verantwortung zu implizieren. Sie folgt dem Leitgedanken „global denken – lokal handeln“ und gibt damit eine ebenso geeignete wie unverzichtbare Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

Hergestellt im Archiv für Europäische Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

VII. Ein starker Staat ist weiter wichtig

Als starker Staat wird heute in erster Linie der allzuständige Staat erfahren. Dies wird einerseits erwartet; andererseits wird der Umfang seiner Leistungen als lähmend empfunden.

Mit dem Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft verbindet manch einer die Sorge, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückziehen und alles der Macht des Stärkeren überlassen bleiben könnte.

Die ordnende Hand des Staates bleibt aber auch in der Aktiven Bürgergesellschaft von entscheidender Bedeutung, denn er muss die Rahmenbedingungen für die Gestaltung des Zusammenlebens in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft definieren.

Zum Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft gehört, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentriert und gleichzeitig in geeigneter Weise bürgerschaftliches Engagement unterstützt.

Zu den Kernaufgaben des Staates zählen wir:

- die Rechtsordnung und damit die Innere Sicherheit gewährleisten,
- die äußere Sicherheit des Staatswesens garantieren,
- Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung sicherstellen,
- verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen,
- für sozialen Ausgleich durch Solidarität der Starken mit den Schwachen sorgen,
- Bildung und Allgemeinbildung durch geeignete Gestaltung eines differenzierten Bildungswesens vermitteln,
- Chancengerechtigkeit für alle ermöglichen, indem die Voraussetzungen und die Qualifikation für den Zugang zu Bildung und zur Arbeitswelt vermittelt werden.

VIII. Aktive Bürgergesellschaft - Aktivierender Sozialstaat

Wir gestalten den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts auf der Grundlage von Eigenverantwortung und Solidarität.

„Der Ruf nach Eigenverantwortung darf weder als bloßer Individualismus missverstanden werden, noch dazu führen, Einzelne allein zu lassen, wo sie mit dem Einsatz ihrer eigenen Kräfte überfordert sind. Eigenverantwortung und Solidarität bedingen einander. Auch wenn die Möglichkeiten, durch eigene Arbeit und eigene Entscheidungen sein Leben zu gestalten, ungleich verteilt sind, muss Eigenverantwortung als Voraussetzung gesellschaftlicher Solidarität von allen gefordert werden“ (Kommission der Deutschen Bischofskonferenz – „Mehr Beteiligungsgerechtigkeit“).

Sozialstaat bedeutet für uns nicht nur Einsatz für die Schwächeren, die in besonderem Maße der Hilfe bedürfen. Vielmehr fungiert er als eine Einrichtung gegenseitiger und gesamtgesellschaftlicher Solidarität im Interesse aller. Er stabilisiert das Gemeinwesen, minimiert Lebensrisiken, verbessert die Lebensbedingungen und Entfaltungschancen jedes Einzelnen und ist damit eine Investition in die Lebensqualität aller. Der Sozialstaat kann seine Aufgaben aber nur dann angemessen erfüllen, wenn sich alle, Leistungserbringer wie Leistungsempfänger, dem Maßstab der Gerechtigkeit verpflichtet fühlen. Zugleich bedarf es heute mehr denn je einer angemessenen Verbindung von Eigenverantwortung und Solidarität. Das gilt besonders für die beabsichtigte Neuordnung des Gesundheitswesens, für die Alterssicherung und für die Arbeitsmarktpolitik.

Als Leitvorstellung dient der Aktiven Bürgergesellschaft dabei der aktivierende Sozialstaat. In dessen Rahmen sind sämtliche Einrichtungen und Maßnahmen durchgehend so gestaltet, dass sie den Menschen möglichst attraktive Anreize zu eigener Anstrengung und zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten geben. Dementsprechend gilt stets der Vorrang der Eigenverantwortung und das Subsidiaritätsprinzip. Alle Hilfe muss als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden.

Der Sozialstaat basiert auf dem Prinzip der Solidarität. Gerechtigkeit bedeutet im aktivierenden Sozialstaat vor allem Chancengerechtigkeit in dem Sinne, dass jeder die Chance zur Entfaltung der ihm eigenen Möglichkeiten durch eigene Anstrengungen erhält.

Die Einrichtungen des Sozialstaates müssen für alle Beteiligten transparenter werden. Nur in einer Atmosphäre der Offenheit kann mehr Eigenverantwortung erwartet werden, können Innovationen und bessere Problemlösungen gedeihen. Auch im Sozialen bedarf es der

kreativen Impulse eines verstärkten Wettbewerbs der Ideen und der Initiativen. Dabei profitiert der Einzelne in der Aktiven Bürgergesellschaft von freien bürgerschaftlichen Initiativen, z. B. Selbsthilfegruppen, neuen sozialen Netzwerken, traditionellen Formen der Nachbarschaftshilfe und großen Wohlfahrtsverbänden, deren Angebote staatlich verantwortete Leistungen ergänzen.

Sämtliche finanziellen Leistungen und Organisationsstrukturen müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie Anreize für Eigeninitiative und gesellschaftliches Engagement schaffen, ob sie also dem Leitbild des aktivierenden Sozialstaates der Aktiven Bürgergesellschaft entsprechen. Insofern ist eine neue Balance von Rechten und Pflichten im Sozialstaat zu suchen, welche Eigeninitiative fördert, kreative Selbsthilfe ermöglicht und die Effizienz der vorhandenen sozialen Strukturen stärkt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Bredel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

IX. Das Gemeinschaftsleben fördern

In der Vergangenheit haben sich das Gemeinschaftsleben und der damit verbundene soziale Kontakt weitgehend selbst organisiert. Politik und öffentliche Hand konnten sich im Wesentlichen darauf konzentrieren, die vorhandenen Initiativen zu unterstützen, sei es durch die Förderung des Vereinslebens in den Kommunen, sei es durch die Unterstützung sozialer, kultureller, sportlicher oder anderer Aktivitäten.

Ein lebendiges Gemeinschaftsleben bleibt eine unverzichtbare Voraussetzung für Lebensqualität, Vitalität und Stabilität von Staat und Gesellschaft.

Die Auflösung traditioneller sozialer Strukturen, begleitet von einer stärkeren sozialen Durchlässigkeit und dem Verlangen nach mehr Mobilität eröffnen vielen Menschen einen erweiterten Freiraum für ihre persönliche Lebensgestaltung ohne die einengende Sozialkontrolle vergangener Tage.

Gleichzeitig bedarf der Mensch des sozialen Kontakts, des Lebens in Gemeinschaften. Für viele, insbesondere auch für junge Menschen, stellt sich die Frage, wo sie sich beheimatet fühlen. Sie haben ein natürliches Bedürfnis nach einem stabilen sozialen Umfeld, das über den engeren Rahmen der Familie hinaus als stützend und identitätsfördernd erfahren wird. Kontakte mit Mitmenschen und Erfahrungen des Gemeinschaftslebens sind unverzichtbar für die gesellschaftliche Integration des Einzelnen und das Verständnis zwischen den Generationen.

Der Kontakt zu anderen Menschen und das Leben in Gemeinschaften geben Orientierung. Die dabei geknüpften Bindungen und vermittelten Werte helfen bei der Bewältigung auch schwieriger Lebenssituationen. Dies ist in einer Zeit, in der immer mehr Menschen unter Beziehungslosigkeit, Einsamkeit, und der Anonymität vieler Strukturen und Abläufe leiden, notwendiger denn je.

Je weniger ausgeprägt die sozialen Kontakte und das Gemeinschaftsleben sind, desto zwangsläufiger ergeben sich Probleme, nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes, bis hin zu einem Besorgnis erregenden Anstieg der Kriminalitätsrate.

Deshalb bedarf eine gesellschaftspolitische Zukunftsstrategie nicht nur der Modernisierung von Bereichen wie Technik, Wissenschaft und Infrastruktur. Vielmehr gilt es gerade in einer Zeit, die von einer bemerkenswerten Vielfalt von Lebensstilen und Wertvorstellungen ge-

prägt ist, das Gemeinschaftsleben und soziale Kontakte gezielt zu fördern, um so einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration zu leisten.

Die traditionellen Formen des Gemeinschaftslebens in gewachsenen Gemeinschaften, Vereinen und Verbänden sind ein bedeutendes Vermächtnis und bedürfen der Pflege und Förderung. Das allein wird allerdings nicht reichen.

Deshalb gilt es, die Motivation für neue soziale Aktivitäten zu wecken und zu fördern. Diese Aufforderung zum Engagement richtet sich insbesondere auch an die junge Generation, die sich den traditionellen Formen des Gemeinschaftswesens zunehmend entfremdet.

Angesichts veränderter Sozialstrukturen und Lebensgewohnheiten und im Bewusstsein der begrenzten Möglichkeiten des Sozialstaates ist die Förderung neuer sozialer Netzwerke eine vordringliche Aufgabe von Politik und Gesellschaft. Bei der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind Kreativität und Initiative genauso gefordert wie in den neuen Technologien.

Das Ehrenamt ist eine „Sauerstofftherapie“ für unsere Gesellschaft. Daher ist es unabdingbar für die Lebendigkeit unseres Gemeinschaftslebens, das Ehrenamt in seiner ganzen Vielfalt traditioneller und neuer Formen zu ermutigen und zu unterstützen.

Dies ist in erster Linie Aufgabe der Kommunalpolitik, aber auch aller anderen Politikebenen. Der wichtigste Beitrag zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist die Aufwertung des gesellschaftlichen Status ehrenamtlicher Tätigkeiten. Außerdem sollte eingehend geprüft werden, inwieweit es notwendig und möglich ist, Hemmnisse, die einem ehrenamtlichen Engagement entgegenstehen, zu beseitigen und das Ehrenamt noch stärker zu unterstützen, ohne dass dabei der Charakter der Ehrenamtlichkeit verloren geht. So sollte z.B. bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen ehrenamtliches Engagement als Nachweis von Praktika gewertet werden.

Generell müssen wir immer wieder verdeutlichen, dass ehrenamtliches Engagement weniger Belastung bedeutet, als vielmehr eine große Chance ist, Fähigkeiten zu entwickeln, Schlüsselqualifikationen und soziale Kompetenz zu erwerben, Erfahrungen zu sammeln und damit Sinn und Lebensqualität zu gewinnen. Diese Einsicht muss bereits bei der Erziehung vermittelt werden, auch indem Kindern die Möglichkeit geboten wird, in geeigneten Projekten konkrete Erfahrungen zu machen und individuelle Präferenzen zu entwickeln.

Hergestellt im Archiv für Öffentliche Soziale Politik der Hans-Bödel-Stiftung. Weiterabdruck und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

X. Neue Partnerschaft von Bürgern und Politik

Die Aktive Bürgergesellschaft verändert mit ihrem neuen Selbstverständnis des Bürgers nicht nur die Anforderungen an Staat und Politik, sondern auch die Aufgaben und die Rolle des Bürgers.

Der Vorrang der Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers und der Selbstorganisation durch entsprechende gemeinschaftliche Initiativen hat Konsequenzen für die Aufgaben und die Rolle der Politik. Sie muss das bürgerschaftliche Engagement fördern und die Bürger auch entsprechend fordern.

Die Politik muss überall dort, wo dieser Vorrang sachgerecht ist, bürgerschaftlichen Initiativen Freiraum und günstige Rahmenbedingungen bieten, Impulse geben, sie nach Möglichkeit unterstützen – und sich dann selbst zurückhalten. Die notwendige Autonomie solcher Initiativen ist zu respektieren, wobei es sich von selbst versteht, dass diese Gruppen dann nicht ständig nach der Hilfe der Politik oder des Staates rufen dürfen. Die Bedeutung der politischen Parteien als Vermittlungsinstanz zwischen Bürgerschaft und Mandatsträgern bleibt unverzichtbar, auch wenn sich die Qualität der Zusammenarbeit ändert.

Im Verständnis der Aktiven Bürgergesellschaft engagiert sich der verantwortungsbewusste Bürger nicht nur, wenn es um seine Interessen geht. Vielmehr zeigt er sich auch über die eigenen Anliegen hinaus bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen.

Bürgerschaftliches Engagement ist immer freiwillig und gibt dem Einzelnen damit stets die Möglichkeit und die Freiheit, sich wieder zurückzuziehen. Aber nicht nur deshalb kann und sollte bürgerschaftliches Engagement kein Ersatz für die Aufgaben und die Verantwortung der Volksvertreter sein. Durch das Mandat freier und allgemeiner Wahlen haben die Gewählten eine Verpflichtung und Verantwortung, die sie nicht – wie im freiwilligen Engagement – jederzeit abgeben können. Als Bürgervereinigungen anderer Art bündeln die politischen Parteien die Interessen, erzielen im internen Dialogprozesse Kompromisse und einen Interessenausgleich und setzen dessen Ergebnisse durch ihre Repräsentanten um.

Einsatz in der Bürgerschaft und in der Politik sind unterschiedliche Formen des Engagements und der Verantwortung, die zu einem Miteinander geführt werden müssen. Dies kann nur möglich sein, wenn man die jeweils unterschiedliche Rolle beider Ebenen respektiert und die Letztverantwortung der gewählten Volksvertreter anerkennt.

In der Arbeitswelt weichen hierarchische Strukturen und ein autoritärer Führungsanspruch in zunehmendem Maße einem kooperativen Führungsstil, der Untergebene als Partner begreift.

Ein solches Selbstverständnis erwarten die Bürger auch von der Politik und den Organen des Staates. Dabei ist ihnen durchaus bewusst, dass Regeln für das Miteinander, Führung und respektierte Entscheidungskompetenzen auch weiterhin notwendig bleiben. Die Impulse für ein neues partnerschaftliches Verhältnis von Bürger und Staat müssen von der Politik ausgehen. Es liegt in ihrer Verantwortung, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen. Grundvoraussetzungen für den Erfolg des damit einhergehenden Wandlungsprozesses sind gegenseitiger Respekt und der Wille zur Transparenz.

Die intensivste Begegnung zwischen Bürger und Politik findet in der Kommunalpolitik statt. Deshalb ist sie der Ausgangspunkt der Veränderung im Verhältnis zwischen Bürger und Staat, die letztlich alle Politikbereiche erfassen muss. Gerade im Bereich der Kommunalpolitik geben viele positive Beispiele berechtigten Anlass zu der Hoffnung, dass das gelingt.

Dabei gewinnen „Sozialkompetenz“, die Fähigkeit mit Menschen umzugehen, unterschiedliche Meinungen zusammenzuführen, Toleranz und die Fähigkeit zum kooperativen Führungsstil, als unerlässliche Voraussetzungen für dauerhaften Erfolg zunehmend an Bedeutung. In einem veränderten Umfeld politischer und bürgerschaftlicher Kooperation genügt es nicht mehr, nur die jeweils zeitgemäßen Kommunikations- und Führungsmethoden zu beherrschen, ohne die entsprechende partnerschaftliche Einstellung zu den Menschen zu haben.

Hergestellt im Archiv der Politischen Akademie der Bundesregierung für die Politik der Bundesregierung
Weiterverbreitung, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

XI. Die Rolle der Wirtschaft in der Aktiven Bürgergesellschaft

Die Aktive Bürgergesellschaft verändert auch die Rolle der Wirtschaft in unserer Gesellschaft. Zur erfolgreichen Verwirklichung eines gesellschaftspolitischen Programms, das eine ganzheitliche Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit geben will, muss auch der einzelne Unternehmer seinen Beitrag leisten.

Unternehmen sind in unserer Wirtschaftsordnung nicht nur ökonomische Organisationseinheiten, sondern von Menschen geprägte, lebendige soziale Gefüge und damit Teil des Gemeinwesens. Folglich sind die Mitarbeiter und insbesondere die Führungskräfte jedes Betriebs dem Gemeinwohl und öffentlichen Anliegen verpflichtet. Ein stabiles Gemeinwesen liegt im Eigeninteresse der Unternehmen, denn nur hier zahlen sich Investitionen auf Dauer aus.

Wie jeder andere auch sind Unternehmer und Führungskräfte in der Wirtschaft dazu aufgerufen, durch ihr persönliches Engagement Leistungen für das Gemeinwesen zu erbringen. Auf keinen Fall dürfen sie sich ausschließlich als Arbeitgeber und Steuerzahler verstehen. Ebenso wenig kann die Ausrichtung der Unternehmensziele allein auf „Shareholder-Value“ als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung akzeptiert werden. Damit schafft man keine stabile und lebendige Gesellschaft. Es ist daher ein wichtiges Ziel der Aktiven Bürgergesellschaft, Führungskräfte in der Wirtschaft für das Gemeinwesen, für öffentliche Belange und auch für die Politik zu mobilisieren.

Die Aktive Bürgergesellschaft bedarf einer Unternehmenskultur, in der die Unternehmer ihre soziale und gesellschaftspolitische Verantwortung ernst nehmen, und in der sich der Mitarbeiter nicht nur als Produktionsfaktor erfährt. Denn nur dann können sich Arbeitnehmer mit ihren Unternehmen identifizieren, sind motiviert und bereit, an den notwendigen Veränderungen aktiv mitzuwirken.

Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Aktiven Bürgergesellschaft ist der Beitrag der Eliten in allen gesellschaftlichen Gruppen. Gefordert sind deren Innovationsgeist, soziales Engagement und Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen. Dies ist für die Zukunft unserer Gesellschaft nicht weniger von Bedeutung als zukunftssträchtige Unternehmensstrategien.

Unabhängig von ihrem eigenen Engagement sollten sich Führungskräfte und Betriebsinhaber dazu aufgerufen fühlen, ihre Mitarbeiter zu bürgerschaftlichem Engagement zu ermuti-

gen und ihnen den dazu nötigen Freiraum geben. Schließlich kommen die dabei erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten auch dem Arbeitgeber und seinen Unternehmenszielen zugute. Die Sozialkompetenz von Mitarbeitern stellt ein bedeutendes, in zunehmendem Maße auch von Personalchefs anerkanntes „Kapital“ für einen Betrieb dar.

Einen besonders wichtigen Beitrag zum Gelingen des Konzepts der Aktiven Bürgergesellschaft leisten Unternehmen, wenn sie die Lebensbedingungen von Familien angemessen berücksichtigen. Mit dem Wandel der Arbeitswelt sind weit reichende Folgen für den Lebensrhythmus von Familien verbunden. In der von einer neuen Kultur der Verantwortung geprägten Aktiven Bürgergesellschaft übernimmt die Wirtschaft Mitverantwortung für eine familienfreundliche Gesellschaft. Indem sie beispielsweise Betriebskindergärten errichten, die gleichzeitig für den angrenzenden Wohnbezirk offen stehen, oder ihre Mitarbeiter bei der Suche nach Betreuungseinrichtungen für ihre Kinder unterstützen, beschreiten Unternehmen schon heute neue, innovative Wege.

Selbst in Märkten, die einem hohem Wettbewerbsdruck unterliegen, haben sich Unternehmen in den vergangenen Jahren aktiv in den gesellschaftlichen Dialog („Corporate Citizenship“) eingebracht und Verantwortung für die Lösung gesellschaftlicher Probleme übernommen. Dieses gewaltige Potenzial bürgerschaftlichen Engagements gilt es verstärkt zu nutzen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Bredt-Stiftung - Weiterverbreitung gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

XII. Das Internet - Ein neues Instrument für die Aktive Bürgergesellschaft

Nichts verändert die Welt gegenwärtig so rasch wie das Internet. Zweifelsohne wird das Internet auch die politischen Meinungsbildungsprozesse und das Verhältnis des Bürgers zur Politik und zum Staat einem nachhaltigen Wandel unterwerfen. Chancen, aber auch Risiken, sind dabei noch nicht abzuschätzen. Wir befinden uns in einem ununterbrochenen Lernprozess.

Das Internet eröffnet den Bürgern bis vor kurzem noch undenkbare Möglichkeiten der Kommunikation und des Informationsaustausches.

Durch den Zugriff auf Informationen aus allen Teilen der Welt wird Transparenz geradezu erzwungen. Diktaturen werden sich künftig nicht mehr ohne weiteres nach Außen hin abschotten können, aber auch in den Demokratien wird die digitale Revolution nur schwer absehbare Konsequenzen für die politische Arbeit haben. Während sich einerseits die Chance bietet, Bürger in bislang ungeahntem Ausmaß in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen, werden die Bürger andererseits zunehmend unabhängig von Parteien, Institutionen und dem Verhalten von Amtsträgern.

Bereits wenige Jahre nach seinem allgemeinen Durchbruch spielt das Internet eine entscheidende Rolle bei der Organisation von Bürgerbewegungen und Bürgerprotesten. Große und kleine Gruppen in der Bevölkerung, selbst Einzelpersonen, sind heute im Stande, Informationen schnell und kostengünstig weltweit zu verbreiten und damit die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen. Die Politik muss sich dieser ungeahnten Herausforderung stellen.

Das Internet ist ein ideales Medium, um Bürger - insbesondere auch in Flächenstaaten und dünn besiedelten Regionen - umfassend zu informieren und in einen für beide Seiten Gewinn bringenden Dialog einzubeziehen. Es eröffnet jedem die Chance, ohne großen Zeitaufwand und unabhängig von seinem Standort die eigene Meinung und eigene Kompetenzen einzubringen.

Ungeachtet all ihrer Möglichkeiten ist die Kommunikation über das Internet jedoch kein Ersatz für politisches Engagement. Auch weiterhin werden sich Menschen in Parteien oder anderen Gruppierungen zusammenfinden, um gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Auch wenn die Parteien in ihrer Arbeitsweise nachhaltig von den neuen Kommunikationsmöglichkeiten beeinflusst werden, wäre eine Verengung der politischen Meinungsbildung auf das Internet verhängnisvoll. Es ist eine notwendige und begrüßenswerte Ergänzung zu anderen Formen politischer Kommunikation. Ohne Zweifel können mit dem Internet viele

Gruppen für politische Mitwirkung erreicht werden, die auf herkömmlichem Wege nicht gewonnen werden könnten. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Gerade die junge Generation besitzt in hohem Maße Kompetenz im Umgang mit dem Internet und beschafft sich Informationen weit häufiger über das "World-Wide-Web" als über andere Medien. Die veränderte Mediennutzung sollten Parteien, Organisationen und Kommunen nutzen, um mit den Menschen in Kontakt zu treten und Interesse am Gemeinschaftslebens zu wecken und zu vertiefen. Für das Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft ist das Internet ein hervorragend geeignetes Medium, da es sowohl auf lokaler Ebene als auch global neue Dimensionen des Informationsaustauschs, der Meinungsbildung, der Kooperation und der Organisation eröffnet.

Schon aus Gründen der sozialen Verantwortung von Gesellschaft und Politik darf keine „digitale“ Kluft zwischen den Meinungsführern mit Netzzugang und den Menschen, die noch nicht „online“ sind, entstehen. Denn ohne Zweifel kann gerade der Netzzugang sozial Benachteiligten außerordentliche Entwicklungschancen bieten. Es bedarf des zügigen Aufbaus einer entsprechenden Infrastruktur, um möglichst vielen Menschen diese Chance zu geben.

Im Laufe einer rasanten Fortentwicklung sind im Internet aber auch rechtsfreie Räume entstanden, die oft missbräuchlich genutzt werden. Um den daraus möglicherweise entstehenden Gefährdungen zu wehren, müssen wir ein moralisch fundiertes Verantwortungsbewusstsein im Gebrauch von Medien entwickeln und allgemein durchsetzen. Ein möglicher Ausgangspunkt ist dabei die Schule, die neben dem rein technischen Aspekt auch den verantwortungsvollen Umgang mit dem neuen Medium vermitteln muss.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

XIII. Orientierung für unser Handeln

Die Ziele der Aktiven Bürgergesellschaft folgen keinem Schema. Sie sind vielmehr Orientierung und Maßstab für politisches Handeln und Entscheidungen.

1. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die ihr Zusammenleben soweit wie möglich selbst gestaltet. Eigeninitiative und Selbstorganisation gesellschaftlicher Gruppen haben Vorrang.
2. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren: Schaffung einer wirksamen Rechtsordnung und verlässlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft; sozialer Ausgleich durch Solidarität der Starken mit den Schwachen; Gewährleistung der Chancengerechtigkeit und adäquater Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung.
3. Für uns sind die Stärkung der kleinen Einheit, des überschaubaren Lebensumfeldes – Familie, Vereine – und die Förderung des Gemeinschaftslebens von zentraler Bedeutung.
4. Grundlage aller Strukturentscheidungen ist die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in sämtlichen Lebensbereichen und Politikfeldern. Dementsprechend halten wir eine grundlegende Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen – Kommunen, Ländern, Bund, Europa – für dringend notwendig.
5. Wir brauchen in allen Lebensbereichen einen Wettbewerb der Ideen und Initiativen. Nur auf diesem Wege können sich das kreative und aktive Potenzial unseres Landes voll entfalten und die möglichen Problemlösungen entwickelt werden.
6. Das Prinzip „Nachhaltigkeit“ verlangt gelebte Verantwortung gegenüber unseren Nachkommen. Sie gehören zur Solidargemeinschaft der Aktiven Bürgergesellschaft.

Wir wollen Entscheidungen und Maßnahmen, die unser Zusammenleben und die Gestaltung unserer Gesellschaft betreffen, an den Zielen und Maßstäben der Aktiven Bürgergesellschaft messen und auf ihre Vereinbarkeit damit prüfen.

Der gemeinsamen Orientierung an den Prinzipien der Aktiven Bürgergesellschaft dienen die folgenden Fragen:

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hans-Bödel-Stiftung. Weitergaberecht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

1. **Ist das Vorhaben (die Maßnahme, das Projekt, die Aufgabe) ein Beitrag zur Steigerung der Leistungsfähigkeit, der Lebendigkeit und der Solidarität unserer Gemeinschaft und unseres Landes?**
2. **Ist das Vorhaben eine staatliche Aufgabe oder gehört es in den nichtstaatlichen Bereich?**
3. **Trägt das Vorhaben dem Prinzip „Vorrang der Eigenverantwortung - Hilfe zur Selbsthilfe“ Rechnung?**
4. **Sind Hilfeleistungen des Staates oder seitens der Solidargemeinschaft notwendig, weil der Einzelne dies nicht oder nur begrenzt leisten kann?
Wird Solidarität zu Recht gefordert?**
5. **Fördert die geplante Maßnahme den notwendigen Einstellungswandel im Sinne der Aktiven Bürgergesellschaft?**
6. **Verändert das Vorhaben die Rahmenbedingungen so, dass das Verhalten der Menschen durch Anreize oder Sanktionen in die gewünschte Richtung gelenkt wird?**
 - **Fördert oder hemmt die Maßnahme die Eigeninitiative?**
 - **Lässt das Vorhaben einen Missbrauch von Solidarität befürchten?**
7. **Kann vom Leistungsempfänger eine Gegenleistung für das Gemeinwohl erwartet werden?**
8. **Entspricht das Vorhaben dem Geist der Subsidiarität (des Föderalismus/der Dezentralisierung)?**
9. **Wird mit dem Vorhaben gemäß dem gesellschaftspolitischen Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft "die kleine Einheit" gestärkt?**
10. **Wird das Vorhaben dem Prinzip Nachhaltigkeit gerecht?**

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik dem Paris-Sudel-Stiftung - Weiterarbeiten nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Aktive Bürgergesellschaft im Überblick

Das Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft ist weitaus mehr als ein Programm, das verstärktes bürgerschaftliches Engagement einfordert. Es handelt sich vielmehr um einen umfassenden gesellschaftspolitischen Entwurf, in dessen Kern es darum geht, den Einzelnen wieder zu mehr Verantwortungsübernahme für sich selbst und für die Gemeinschaft zu motivieren. Dieses Konzept hat für alle Lebensbereiche Konsequenzen - für den Einzelnen ebenso wie für die Aufgaben und die Strukturen in Gesellschaft und Staat. Hier liegt der entscheidende Unterschied zu anderen Überlegungen Bürgergesellschaft betreffend, die sich in der Regel lediglich auf ergänzende Aktivitäten im bestehenden Rahmen beschränken.

Gesellschaftspolitische Konzepte werden entscheidend vom jeweiligen Menschenbild geprägt:

Fundament unseres Denkens und Handelns ist das Menschenbild der christlich-abendländischen Wertetradition.

Daraus entwickeln wir das Programm einer neuen „Kultur der Verantwortung“.

Appelle an den Einzelnen bewirken wenig, wenn die realen Lebens- und Rahmenbedingungen greifbaren Zielen entgegenstehen. Deshalb wollen wir mit der Aktiven Bürgergesellschaft Rahmenbedingungen gestalten, die den Menschen bei der Entfaltung ihrer verschiedensten Fähigkeiten größtmöglichen Raum bieten, und gleichzeitig Begrenzungen und Orientierung für die Gestaltung des Zusammenlebens vorgeben, wo dies notwendig erscheint.

Von entscheidender Bedeutung ist die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in allen Strukturfragen der Gesellschaft und des Staates. Nur so lassen sich Probleme so bürger- und problemnah wie möglich bewältigen und eine eindeutige Zuordnung von Entscheidung und Verantwortung gewährleisten. Die Aktive Bürgergesellschaft bietet dem einzelnen Bürger ein Höchstmaß an Beteiligungsmöglichkeiten und strebt nach Chancengerechtigkeit für die unterschiedlichsten Begabungen und Lebensmöglichkeiten.

Als wertefundierte Grundlage des Zusammenlebens umspannt das Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft alle zentralen Handlungsfelder unserer Gesellschaft. Es findet beim Staat, beim Bürger und in der Politik ebenso Anwendung wie auf allen Ebenen der Verwaltung oder der Wirtschaft - überall dort, wo es gilt, das Prinzip der Verantwortung im Alltag umzusetzen.

Die Aktive Bürgergesellschaft braucht den handlungsfähigen Staat, der Rahmenbedingungen setzt und Initiative unterstützt. Dieses Konzept impliziert weder einen schwachen Staat noch hat es eine Demontage des Sozialstaats mit einer einseitigen Ausrichtung auf die Starken zur Folge.

Aktive Bürgergesellschaft bedeutet gelebte Solidarität nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit, zum Nutzen aller. Angestrebt wird ein neuer Gesellschaftsvertrag auf der Basis von Freiwilligkeit und Verantwortlichkeit, der überall dort gilt, wo Menschen zusammenleben: in der Familie, der Nachbarschaft, Dörfern und Städten, in den Kindergärten und Schulen, in den Vereinen und Initiativen.

Aktive Bürgergesellschaft stützt sich in besonderer Weise auf die Familie. Die Familie ist die Urzelle der Gemeinschaft. Sie fördert die Persönlichkeitsentwicklung und begründet Lebenschancen der Menschen. Familie, definiert als Ort, in dem der Mensch sein Leben lang beheimatet ist - und zwar unabhängig von anderen, etwa geographischen, ethischen oder weltanschaulichen Heimatbegriffen - ist ein wichtiges Element der Aktiven Bürgergesellschaft.

Aktive Bürgergesellschaft geht einher mit einer neuen Arbeits- und Aufgabenverteilung zwischen Staat, Bürgern und freien gesellschaftlichen Gruppen. Nicht im Gegeneinander von Staat und Bürger bzw. bürgerschaftlichem Engagement, sondern im arbeitsteiligen, ergänzenden Miteinander liegt der Schlüssel zum Erfolg.

Mit dem Prinzip Eigenständigkeit belebt die Aktive Bürgergesellschaft den demokratischen Verfassungsstaat. Sie befördert vielfältige, offene Netzwerke, deren gemeinsame Grundlagen der Vorrang der Eigenverantwortung, bürgerschaftliches Engagement und der Vorrang der kleineren Einheit sind.

Der Terminus „Aktive Bürgergesellschaft“ wurde bewußt gewählt. Schließlich geht es in allen Teilbereichen darum, Menschen zu aktivieren - durch die Förderung von Eigeninitiative und gesellschaftlichem Engagement.

Engagement ist eines der wichtigsten Fundamente der Aktiven Bürgergesellschaft. Unter diesem Begriff summieren sich die vielfältigen Leistungen, die in unserer Gesellschaft in unterschiedlichsten Teilbereichen erbracht werden.

Hinter dem Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft verbirgt sich zwar weitaus mehr als Bürgerschaftliches Engagement. Aber ohne das Engagement der Bürger von unten verliert das Theoriekonzept sein Fundament.